

Pressebericht Stadt Vöhrenbach, Gemeinderatssitzung vom 27.07.2022

Bregtalkurier
Homepage

Aus dem Gemeinderat der Stadt Vöhrenbach: Stadt erhält neues Logo

Vöhrenbach In seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause bewältigte der Vöhrenbacher Gemeinderat eine recht umfangreiche Tagesordnung. Zunächst beschäftigte er sich mit der Einführung eines neuen Logos für die Stadt. Vorgestellt wurden verschiedene mögliche Varianten durch Wilfried Dold von Dold.media, Agentur für Kommunikation, aus Vöhrenbach. Nach kurzer intensiver Diskussion entschied sich das Gremium für Variante 3 für ein Logo, das mit Großbuchstaben und zwei angedeuteten Bögen moderner als das bisherige Logo auftritt und durch zwei angedeutete Bögen weiterhin auf die Linachtalsperre hinweist.

Nächster Tagesordnungspunkt war ein Bauantrag am Sommerberg in Hammereisenbach, in dem es um den Neubau eines Ferienhauses ging. Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

Die Beratung über die Abwasserbeseitigung im Ortsteil Langenbach folgte. Hier ging es um die Durchführung einer öffentlichen Erschließungsmaßnahme und die Beantragung von Fördermitteln der Wasserwirtschaft. Der Gemeinderat erklärte seine Absicht, die Anwesen Rappeneckweg 3, 4, 6, 8, 10, Philippenhof 1 und 2 sowie den Kleinklausenhof durch einen öffentlichen Kanal beim Kieningerhof, wo die bisherige Leitung endet, an die Kläranlage anzuschließen. Auch soll der entsprechende Zuschussantrag durch die Stadtverwaltung gestellt werden. Gleichzeitig wurde das Ing. Büro BIT Ingenieure AG aus Villingen-Schwenningen mit der Erarbeitung der benötigten Unterlagen beauftragt.

Für die beabsichtigte Sanierung des Rathauses erfolgte die Beauftragung der Firma C. Rombach Schreinerei-Fensterbau aus Schonach, die die wirtschaftlichste Bieterin der beschränkten Ausschreibung gewesen war. Die Auftragssumme betrug rund 265.500 EUR. Verzichtet wurde auf die einbruchhemmende Verglasung im EG und einen Austausch der vorhandenen Naturstein-Fensterbänke.

Anschließend ging es um den Umbau/ die Sanierung der Josef-Hebting-Schule, neues Schulgebäude. Nach einem Bericht der Architektengemeinschaft über den Stand der

Sanierungsarbeiten vergab der Gemeinderat die beschränkt ausgeschriebenen Betonpflasterarbeiten ebenfalls an die wirtschaftlichste Bieterin, nämlich die Firma S. Schwer aus Schönwald zu einer Auftragssumme in Höhe von rund 126.800 EUR.

Im Hinblick auf die beschlossene Sanierung des Steigwaldweges hatte sich im Zuge der aufgrund öffentlicher Ausschreibung erfolgten Submission herausgestellt, dass sich die Kosten wegen des extrem hohen Preisniveaus mit ca. 95.0000 EUR (zzgl. der Ingenieurkosten) über den im Haushalt festgelegten Kostenrahmen bewegen würden. Eine Gegenfinanzierung wäre kaum darstellbar. Der Gemeinderat entschied einstimmig, die Ausschreibung aufzuheben. Gleichzeitig wurde die Verwaltung damit beauftragt, nach Möglichkeiten zu suchen, die Maßnahme mithilfe von Förderprogrammen bzw. Fördermitteln finanzierbar zu machen.

Folgender TOP war das Wasserkraftwerk am Linachstausee. Der Gemeinderat stimmte dem Antrag der GEDEA Wasserkraftwerk Linach zu, der eine Absenkung des Stauziels des Linachstausees um 1,20 m auf 846,25 m üNN in den Wintermonaten vom 1. November eines Jahres bis zum 30. März des darauffolgenden Jahres beinhaltete. Die Stadtverwaltung wurde damit beauftragt, den entsprechenden Antrag beim Regierungspräsidium Freiburg zu stellen unter der Voraussetzung, dass die aus diesem Verfahren entstehenden Kosten von der GEDEAS getragen werden.

Beim Kindergarten St. Johannes in Hammereisenbach ging es um die Vergabe der Sanitärleistungen und der Fliesenarbeiten für die Sanierung des Sanitärzimmers. Die Vergabe der beschränkt ausgeschriebenen Sanitärarbeiten mit einer Auftragssumme in Höhe von ca. 21.200 EUR erfolgte an die Firma danner GmbH + Co. KG aus Villingen-Schwenningen, der wirtschaftlichsten Bieterin. Die Fliesenarbeiten wurden an die günstigste Bieterin, die Firma Ciampa GmbH aus Unterkirnach, vergeben. Die Auftragssumme betrug rund 5.500 EUR.

Zuletzt informierte die Stadtverwaltung über die beabsichtigte Einführung eines Dokumentenmanagementsystems und legte entsprechende Angebote vor. Nach seiner Beratung stimmte der Gemeinderat der Anschaffung des Dokumentenmanagementsystems und des Ratsinformationssystems von der Firma Comundus zu. Grundlage war ein Angebot zu einem Gesamtbetrag in Höhe von rund 36.300 EUR (brutto).